

**Zeitschrift:** Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 2 (1961)  
**Heft:** 32  
  
**Rubrik:** KB-Leser äussern sich zum Osthandel : kann die Schweiz Kontrolle übernehmen?

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 09.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

KB-Leser äussern sich zum Osthandel

## Kann die Schweiz Kontrolle übernehmen?

*Unsere Stellungnahme zum Osthandel, welche unter anderm eine zentrale Koordination nach politischen Gesichtspunkten verlangt, stand schon verschiedentlich auch in Leserbriefen zur Diskussion. Nun wird uns ein Vorschlag unterbreitet, den wir weiteren Kreisen vorlegen, zusammen mit einer ersten Äusserung des Schweizerischen Ost-Instituts.*

### Frage: Ist es möglich?

Der Unterzeichnete hat sich in letzter Zeit besonders eingehend mit dem Problem des Ostblocks befasst. Glücklicherweise gelangte er in den Besitz ihrer Ausführungen in Nr. 20 Ihres «Wirtschaftsdienstes» vom 17. Mai dieses Jahres (sie decken sich mit der im KB vertretenen Linie. Red.).

Nachdem wir dieses ausserordentlich komplexe Problem mit verschiedenen Geschäftsfreunden diskutiert haben, sind wir zum Schluss gelangt, dass Ihre Meinung sehr richtig ist und deshalb jegliche Unterstützung verdient. Natürlich hängt das Osthandel-Problem sehr eng zusammen mit allen übrigen Beziehungen der westlichen Welt mit den kommunistischen Staaten (z. B. Kunst, Sport, Wissenschaft usw.). Was uns jedoch zunächst am meisten interessiert, sind die Fragen des Osthandels. Kürzlich ist in der «Neuen Zürcher Zeitung» wieder ein Artikel erschienen, der sich mit dieser Frage befasst. Wenn man ihn genauer liest, dann kommt man schliesslich zur vollen Überzeugung, dass eine erste wirkungsvolle Massnahme getroffen werden könnte, wenn eine Zentralstelle gebildet wird, von der aus der gesamte Osthandel kontrolliert wird.

Wie Sie selber sagen, hat sich ja der Kommunismus dieses Mittels schon längst bedient, nur leider der Westen nicht. Wohl könnten wir es auch tun, denn Russland könnte dagegen nichts einwenden, wenn wir seinem Beispiel folgten.

Es stellt sich nun die Frage, ob die Schweiz auf diesem Gebiet nicht als gutes Vorbild für die andern westlichen Länder vorangehen könnte. Wäre es nicht möglich, eine schweizerische Zentralstelle zu bilden, die den gesamten Handel mit kommunistischen Ländern kontrolliert? Wer wäre zuständig, diese Zentralstelle ins Leben zu rufen? Könnte ein solches Vorgehen nicht von unsern politischen Parteien propagiert werden.

Wir wären Ihnen dankbar, wenn Sie uns gelegentlich Ihre Meinung über diese Frage mitteilen würden. Gegebenenfalls würden wir uns sofort bereit erklären, einen entsprechenden Brief an ein Mitglied der eidgenössischen Behörden zu schreiben.

P. E. Renggli in Uster

Die Diskussion um den Osthandel wird derzeit wiederum lebendig, weil von verschiedenen Seiten die Notwendigkeit eines westlichen Osthandelskonzeptes gefordert wurde. Und es scheint, als könne in der OECD jenes Instrument gefunden werden, mit dessen Hilfe man den Warenstrom in Richtung Ost überblicken und — sollte es die politische Lage erfordern — regulieren könnte. Damit scheint man sich auf jene Rufer zu besinnen, die es seit langem als bedenkliches Schwächezeichen des Westens bezeichnet haben, dass der Osthandel nicht zu einem Teil seiner politischen Strategie gemacht worden ist.

«Die Presse», Wien, 30. Juli 1961.

### Antwort:

### Es kann möglich gemacht werden — als Vorstufe

Die Anregung ist gut, und diese Initiative eines schweizerischen Industriellen ist zu begrüßen. Wir werden unermüdlich und aller Widerstände ungeachtet eine solche Zentralstelle fordern, weil sie allein den Osthandel als politische Waffe einsetzen und ihn zum Vorteil der freien Welt gestalten kann.

Eine solche Zentralstelle muss aber, um wirkungsvoll zu sein, den gesamten Wirtschaftsverkehr zwischen der freien und der kommunistischen Welt kontrollieren können. Deshalb sollte an eine internationale Organisation wie die OECD gedacht werden, die allein fähig wäre, eine solche Zuständigkeit zu übernehmen und sinnvoll auszuüben.

Da uns jedoch noch ein weiter Weg bis zu dieser bereits heute nötigen Institution zu tun bleibt, wäre es tatsächlich eine Aufgabe der einzelnen Länder der freien Welt, voranzugehen und solche nationalen Zentralstellen zu bilden. Diese könnten auf dem Weg einer immer stärkeren Zusammenarbeit schliesslich ohne Schwierigkeiten zu der geforderten internationalen Zentralstelle — beispielsweise im Schosse der OECD — führen.

Für die Schweiz kann eine solche nationale Zentralstelle vorläufig nicht vom Staat gebildet werden. Sie muss der privaten Initiative entspringen und durch ihr Ansehen und ihren moralischen Druck den fehlenden gesetzlichen Zwang aufwiegen. Aus diesem Grunde wäre zunächst an eine Studiengruppe zu denken, gebildet aus den Vertretern der Wissenschaft und Universitäten, der Industrie, der Gewerkschaften und der politischen Parteien. Diese Studiengruppe müsste klare Richtlinien ausarbeiten und dank der Unterstützung der öffentlichen Meinung bewerkstelligen, dass die aufgestellten Richtlinien eingehalten werden.

Der Bildung einer solchen Studiengruppe steht nichts im Wege. Sie kann aber eine derartige Arbeit nur dann mit realen Erfolgsaussichten unternehmen, wenn ihr die Unterstützung der Presse und somit der öffentlichen Meinung gesichert ist. Andernfalls wäre sie zur Wirkungslosigkeit verdammt.

Wir sind bereit, an der Bildung einer solchen Studiengruppe mitzuarbeiten. Die Reaktion unserer Leser und der schweizerischen Presse auf den Vorschlag interessiert uns. Sollte die Idee durch diese Kreise begrüsst werden, können wir weitere Schritte unternehmen.

Schweizerisches Ost-Institut

### Grenzen

Ist möglich, ein Verzeichnis aller aus dem kommunistischen Machtbereich bei uns eingeführten und zum Verkauf gelangen-

den Artikel mit genauer Fabrikmarke zu veröffentlichen?

Ich glaube, dass eine ziemlich wirksame Massnahme auch auf dem praktischen Wirtschaftsbereich des Alltags ergriffen werden könnte.

Ich erwarte Ihren Bericht und hoffe, dass ich mit dieser praktischen Idee nicht allein stehe.

L. M. in Luzern.

Sie stehen nicht allein da. Gerade in letzter Zeit wurde uns verschiedentlich die Frage nach einer diesbezüglichen Publikation oder privaten Zusammenstellung gestellt. Nun ist der Vorschlag schon vor einiger Zeit geprüft worden — auch durch den Schweizerischen Aufklärungsdienst — und erwies sich als undurchführbar. Es kann kaum mehr genau festgestellt werden, welche Waren aus dem Ostblock eingeführt werden. Es lässt sich auch einsehen, dass eine in dieser Beziehung effektive durchzuführende Aktion einem recht weitgehenden Eingriff in die Handelspraxis gleichkommen würde, der ohne die freiwillige Mitarbeit der interessierten Kreise nicht möglich wäre. Zweifellos würde es sich um eine wirksame Massnahme im praktischen Wirtschaftsbereich des Alltags handeln, aber wir können nicht auf einen Kontrollapparat pochen, sondern sind auf Verantwortungsbewusstsein angewiesen.

Um dieses zu fördern und ihm gleichzeitig eine «Arbeitsgrundlage» zu geben, streben wir die Errichtung einer Zentralstelle mit Richtlinien für den Osthandel an. Das ist übrigens mit der unbesehenen Diskriminierung aller aus dem Osten kommenden Güter nicht identisch. Es handelt sich ja nicht um die — praktisch ohnehin undurchführbare — Abschaffung des Osthandels, sondern um die Bekämpfung des politisch schädlichen Osthandels nach taktischen Gesichtspunkten. Schon die äusserst schwierige Beurteilung der einzelnen Fälle lässt eine Koordination und verantwortungsbewusste Lenkung der Bemühungen auf diesem Gebiet als dringlich erscheinen. Eine zu schaffende Zentral- oder Beratungsstelle, welcher Art auch immer, wird freilich wohl nicht darum herumkommen, sich ein Bild von Art und Ausmass des Warenverkaufs aus dem Osten bei uns zu machen. Dieses Bild muss sie in Zusammenarbeit mit der ganzen Bevölkerung gewinnen, auf deren Vertrauen und Unterstützung sie angewiesen ist. Das betrifft selbstverständlich die Handelstreibenden in ganz besonderem Masse.

Ihre Frage, die bis zu einem gewissen Grad ein ausgebautes Kontrollsystem voraussetzt, betrifft eigentlich bereits die Verbindlichkeit aufgestellter Richtlinien. Im gegenwärtigen Zeitpunkt müssen wir es schon als grossen Fortschritt bezeichnen, wenn solche Richtlinien überhaupt definiert werden. Freilich müssen sie dann auch respektiert werden. Auf der Basis der Freiwilligkeit soweit als immer möglich. Jedenfalls aber ist der verantwortlich ausgerichtete Osthandel eine Forderung, der wir uns nicht länger entziehen können.

Red. KB

### Mitteilung der Redaktion

Das mehrfach geäusserte Informationsbedürfnis unserer Leser veranlasst uns, bereits wieder mit der nächsten Nummer, statt wie vorgesehen erst im September, zur achtseitigen Ausgabe zurückzukehren.